

Verfahrenshandbuch
Familiensachen

Verfahrenshandbuch Familiensachen

Bearbeitet von

Prof. Dr. Marc Eckebrecht, vorm. Richter am Landgericht,
Professor an der Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin

Dr. Tamara Große-Boymann,
Rechtsanwältin, Brandenburg

Jens Gutjahr,
Richter am Oberlandesgericht Brandenburg

Viola Paul,
Rechtsanwältin, Berlin

Prof. Wolfgang Schael,
Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Brandenburg,
Honorarprofessor an der Universität Potsdam

Werra Katharina von Swieykowski-Trzaska,
Notarin und Fachanwältin für Familienrecht, Berlin

Dr. Ines Weidemann,
Fachanwältin für Familienrecht, Brandenburg

2., völlig neu bearbeitete Auflage



Verlag C.H. Beck, München 2010

Zitiervorschlag:
FamVerf/Schael § 8 Rn. 110

ISBN 978 3 406 57720 8

© 2010 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Satz: Uhl + Massopust, Aalen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Die Lehre von den wandelbaren Lebensverhältnissen macht auch vor dem Familienverfahrensrecht nicht Halt. Rechtsprechung – bis hin zu derjenigen des Bundesverfassungsgerichts – und Literatur haben in den zurückliegenden Jahren zu ständiger Veränderung beigetragen. Aber auch der Gesetzgeber war nicht untätig. Er hat zuletzt mit dem am 1. 9. 2009 in Kraft getretenen FamFG eine vollständige Neukodifizierung des familiengerichtlichen Verfahrens vorgenommen und damit einen besonderen Beitrag zum Wandel des Familienverfahrensrechts geleistet.

Die zweite Auflage des Verfahrenshandbuchs Familiensachen will allen familienrechtlichen Praktikerinnen und Praktikern aus Anwaltschaft, Justiz und Notariat die nötige Orientierung bei der Einarbeitung in das neue Verfahrensrecht und beim täglichen Umgang mit ihm bieten. Deshalb stellt sie das neue Verfahren in Familiensachen nach einem – schon in der ersten Auflage gewählten – jeweils einheitlichen, stringenten Aufbau dar. In zehn Hauptkapiteln und dort in gleich bleibender Reihenfolge werden alle wichtigen Bereiche des Familienrechts behandelt. Dabei orientiert sich die Abfolge der Kapitel an der Bedeutung des dargestellten Gegenstandes im familiengerichtlichen Alltag. Unterhaltssachen stehen hier an erster Stelle, gefolgt von Kindschaftssachen. Dann kommen Ehewohnungs- und Haushalts-, Gewaltschutz- sowie Ehesachen. Versorgungsausgleichs-, Güterrechts-, Abstammungs-, Adoptions- und sonstige Familiensachen schließen sich an. Lebenspartnerschaftssachen werden jeweils im Zusammenhang mit den anderen Familiensachen behandelt. Innerhalb eines jeden der zehn Kapitel reihen sich in stets gleicher Folge Abschnitte über gerichtliche Zuständigkeit, Verfahrensgrundsätze, Anwaltszwang und Verfahrenskostenhilfe aneinander, sodann Abschnitte über den Gang des Verfahrens, weitere Verfahren, die abschließende Entscheidung sowie den vorläufigen Rechtsschutz. Den Abschluss bilden die Abschnitte über Rechtsmittel und Verfahrenswert. Die Darstellung der neuen Vorschriften im Kontext des jeweiligen Verfahrens bahnt den Benutzerinnen und Benutzern einen sicheren Weg durch das Geflecht der einschlägigen Normen und lässt auf alle Verfahren zugreifen, die seit dem 1. 9. 2009 in die Zuständigkeit des Familiengerichts fallen. Auch materiellrechtlich bietet das Handbuch eine Grundlage für die familienrechtliche Fallbearbeitung, zumal auf Rechtsgebieten, die bisher nicht der Familiengerichtsbarkeit unterlagen.

Das Autorenteam besteht aus Rechtsanwältinnen und Richtern mit langjähriger Erfahrung im Familienrecht. Dies gewährleistet eine praxisgerechte Umsetzung des neuen Rechts. Selbstverständlich haben außer dem FamFG auch alle anderen einschlägigen, aufgrund des FGG-Reformgesetzes und mit ihm in Kraft getretenen Gesetze, so das FamGKG, und Gesetzesänderungen Eingang in das Handbuch gefunden, ebenso das FamFG-Reparaturgesetz, das Versorgungsausgleichsstrukturreformgesetz und das Gesetz zur Änderung des Zugewinnausgleichs- und des Vormundschaftsrechts.

Berlin/Brandenburg a. d. Havel, im September 2009

Die Autoren

Inhaltsübersicht

§ 1	Unterhaltssachen	1
§ 2	Kindschaftssachen	351
§ 3	Ehewohnungs- und Haushaltssachen	543
§ 4	Gewaltschutzsachen	625
§ 5	Ehesachen	669
§ 6	Versorgungsausgleichssachen	797
§ 7	Güterrechtssachen	871
§ 8	Abstammungssachen	963
§ 9	Adoptionssachen	1041
§ 10	Sonstige Familiensachen	1091
	Sachverzeichnis	1143

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis XXXVII

§ 1 Unterhaltssachen

Seite 1

	Rn.
I. Gerichtliche Zuständigkeit (<i>Eckebrecht</i>)	1
1. Sachliche Zuständigkeit	2
2. Örtliche Zuständigkeit	10
3. Funktionale Zuständigkeit	22
4. Internationale Zuständigkeit	23
5. Kompetenzkonflikt	26
II. Verfahrensgrundsätze (<i>Eckebrecht</i>)	29
III. Anwaltszwang (<i>Große-Boymann</i>)	32
IV. Verfahrenskostenhilfe (<i>Gutjahr</i>)	34
1. Bewilligungsverfahren	35
a) Antrag	35
b) Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse ..	39
c) Darlegung des Streitverhältnisses	42
d) Tätigwerden des Gerichts zur Herbeiführung der Entscheidungsreife	43
e) Entscheidung	54
f) Rechtsmittel gegen den VKH-Beschluss	70
g) VKH für das Beschwerdeverfahren in der Hauptsache	99
2. Bewilligungsvoraussetzungen	121
a) Bewilligungsfähiges Verfahren	122
b) Bedürftigkeit	126
c) Erfolgsaussicht	167
d) Kein Mutwillen	182
3. Beiordnung	193
a) Beiordnung eines Hauptbevollmächtigten	195
b) Beiordnung eines Beweisaufnahmeanwalts	201
c) Beiordnung eines Verkehrsanwalts	202
d) Entpflichtung des beigeordneten und Beiordnung eines anderen Anwalts	206
4. Wirkungen der Bewilligung und Beiordnung	207
a) Wirkungen für den Antragsteller	207
b) Wirkungen für die Staatskasse	210
c) Wirkungen für den beigeordneten Anwalt	211
d) Wirkungen für den Gegner	212
5. Änderung des Bewilligungsbeschlusses	213
6. Aufhebung der Bewilligung	219
V. Gang des Verfahrens (<i>Schael</i>)	227
1. Die Klageantragsschrift	227

Inhaltsverzeichnis § 1

	Rn.
a) Rubrum	227
b) Antrag	229
c) Begründung	238
d) Unterschrift	243
2. Beteiligte des Unterhaltsverfahrens und ihre gesetzliche Vertretung	244
a) Betreuung	245
b) Gesetzliche Vertretung Minderjähriger	246
c) Gesetzliche Verfahrensstandschaft	247
d) Gewillkürte Verfahrensstandschaft	250
3. Zustellung	254
a) Allgemeines	254
b) Zustellungsadressaten	255
c) Gerichtskostenvorschuss und Verfahrenskostenhilfe	256
d) Auslands- und öffentliche Zustellung	258
4. Vorbereitung und Durchführung der mündlichen Verhandlung	259
a) Güteverhandlung	259
b) Vorbereitung der mündlichen Verhandlung	260
c) Durchführung der mündlichen Verhandlung	266
5. Säumnisverfahren	267
a) Säumnis des Antragsgegners	267
b) Säumnis des Antragstellers	269
c) Einspruch	270
6. Aussetzung des Verfahrens	275
a) Aussetzungstatbestände	275
b) Verfahren	282
c) Wirkung und Ende	283
7. Beendigung des Verfahrens ohne Entscheidung in der Hauptsache	284
a) Rücknahme des Klageantrags	284
b) Hauptsachenerledigung	288
c) Vergleich	295
VI. Weitere Verfahren (Schael)	300
1. Mahnverfahren	300
2. Widerklageantragsverfahren	301
a) Anbringung des Widerklageantrags	302
b) Allgemeine Verfahrensvoraussetzungen	303
c) Besondere Verfahrensvoraussetzungen	304
d) Sonderfälle des Widerklageantrags	305
e) Vereinbarung der Zuständigkeit für den Widerklageantrag	306
3. Auskunftsverfahren	307
a) Voraussetzungen	307
b) Verfahren	308
4. Stufenverfahren	313
a) Voraussetzungen	313
b) Verfahren	315
5. Abänderungsverfahren gemäß §§ 238, 239 FamFG	318
a) Voraussetzungen	318
b) Abzuändernde Titel	319
c) Antrag	322
d) Beteiligte	324
e) Zulässigkeit	325
f) Präklusion	333
g) Anpassung	336

Inhaltsverzeichnis § 1

	Rn.
h) Darlegungs- und Beweislast	337
i) Abänderung von Altiteln gemäß § 36 Nr. 1 EGZPO	338
j) Entscheidungen im Abänderungsverfahren	339
6. Vollstreckungsabwehrverfahren	341
a) Abgrenzung zum Abänderungsverfahren	341
b) Zulässigkeit	342
c) Begründetheit	346
d) Entscheidungen im Verfahren nach § 767 ZPO	348
7. Feststellungsverfahren	349
a) Negativer Feststellungsklageantrag	349
b) Positives Feststellungsverfahren	350
c) Zulässigkeit	351
d) Begründetheit	353
e) Entscheidungen im Verfahren nach § 256 ZPO	354
8. Wiederaufnahme des Verfahrens	356
a) Voraussetzungen	357
b) Verfahren	359
9. Das Verfahren gemäß § 826 BGB	361
10. Das Verfahren wegen ungerechtfertigter Bereicherung	363
11. Das vereinfachte Verfahren über den Unterhalt Minderjähriger	367
a) Zulässigkeit	367
b) Verfahrensgang	369
c) Entscheidung	372
d) Rechtsmittel	373
e) Streitiges Verfahren	374
12. Unterhaltsverfahren bei Vaterschaftsfeststellung	375
13. Abänderungsverfahren gemäß § 240 FamFG	376
14. Verfahren zur Bestimmung des Bezugsberechtigten von Kindergeld	377
a) Voraussetzungen	377
b) Verfahren	378
VII. Endentscheidung (<i>Gutjahr</i>)	380
1. Art der Entscheidung, Rubrum	380
2. Entscheidung in der Hauptsache	383
3. Kostenentscheidung	404
4. Ausspruch zur sofortigen Wirksamkeit	417
5. Zulassung der Beschwerde	420
6. Begründung der Entscheidung	421
7. Rechtsmittelbelehrung	426
8. Verkündung, Zustellung, Wirksamkeit und Rechtskraft	428
VIII. Vorläufiger Rechtsschutz (<i>von Swieykowski-Trzaska</i>)	430
1. Einstweilige Anordnung in Unterhaltssachen (§§ 246–248 FamFG)	430
a) Antrag	432
b) Anordnungsanspruch	433
c) Glaubhaftmachung	435
d) Regelungsbedürfnis	438
2. Der Gang des Verfahrens	440
3. Einleitung des Hauptsacheverfahrens	443
4. Das Abänderungsverfahren	445
a) Entscheidungen ohne mündliche Verhandlung	447
b) Entscheidungen mit mündlicher Verhandlung	448
5. Außerkrafttreten der einstweiligen Anordnung	450

Inhaltsverzeichnis § 1

	Rn.
6. Vollstreckung	452
7. Besonderheiten	454
a) Verfahrenskostenvorschuss	454
b) Kindesunterhalt vor der Geburt	455
8. Arrest	457
a) Arrestanspruch und Arrestgrund	458
b) Arrestgesuch	459
c) Gang des Verfahrens	460
d) Vollstreckung	461
IX. Rechtsmittel (Große-Boymann)	463
1. Rechtsmittel gegen Endentscheidungen	463
a) Statthaftes Rechtsmittel	463
b) Beschwerdegericht	464
c) Beschwerdefrist	465
d) Anwaltszwang	469
e) Beschwerdeschrift	470
f) Beschwerdeberechtigung	471
g) Beschwer	476
h) Beschwerdewert/Zulassungsbeschwerde	481
i) Rechtsmittelverzicht	486
j) Beschwerdebegründung	487
k) Beschwerdeerweiterung/Antragserweiterung in der Beschwerdeinstanz	493
l) Anschlussbeschwerde	497
m) Einstellung der Vollstreckung	504
n) Durchführung des Beschwerdeverfahrens	506
2. Rechtsmittel gegen Nebenentscheidungen	519
a) Fehlen des Ausspruchs zur sofortigen Wirksamkeit des Beschlusses (§ 116 III 3 FamFG)	519
b) Übergehen des Antrages auf Einstellung oder Beschränkung der Vollstreckung (§ 120 II 2 FamFG)/Fehlerhafte Entscheidung des Familiengerichts	520
c) Fehlen der Kostenentscheidung	521
d) Fehlerhafte Kostenentscheidung bei Entscheidung auch in der Hauptsache	522
e) Fehlerhafte isolierte Kostenentscheidungen	523
f) Versagte/erfolgte Zulassung der Rechtsbeschwerde	528
g) Fehlende Entscheidung über die Zulassung der Rechtsbeschwerde ...	529
3. Rechtsmittel gegen Zwischenentscheidungen	530
a) Aussetzungsbeschlüsse des Familiengerichts	530
b) Aussetzungsbeschlüsse des Oberlandesgerichts	531
4. Rechtsmittel in weiteren Verfahren	532
a) Abänderungsantrag	532
b) Vollstreckungsabwehrantrag (§ 767 ZPO)	537
c) Auskunftsantrag/Teilentscheidung zur Auskunft	539
d) Versäumnisbeschluss	541
e) Beschluss im Feststellungsverfahren	542
f) Beschluss im Wiederaufnahmeverfahren	543
g) Beschluss über Anspruch aus § 826 BGB	544
h) Beschluss über Anspruch aus ungerechtfertigter Bereicherung	545
i) Entscheidungen über Art der Unterhaltsgewährung nach § 1612 BGB	545

Inhaltsverzeichnis § 2

	Rn.
j) Beschlüsse im Verfahren nach § 3 II 3 Bundeskindergeldgesetz und § 64 II 3 Einkommensteuergesetz	546
5. Rechtsmittel im vereinfachten Verfahren (§§ 249 ff. FamFG)	548
a) Beschluss über die Zurückweisung des Antrags als unzulässig	548
b) Festsetzungsbeschlüsse nach §§ 253, 254 S. 2 FamFG	554
c) Beschluss über Abänderungsantrag nach § 240 FamFG	557
d) Beschlüsse im streitigen Verfahren nach § 255 FamFG	558
6. Rechtsbeschwerde	559
7. Sprungrechtsbeschwerde	560
8. Gehörsrüge	561
9. Vollstreckung	562
a) Titel	562
b) Klausel	562
c) Zustellung	562
d) Vollstreckungsart	563
X. Verfahrenswert (von <i>Swieykowski-Trzaska</i>)	565
1. Wert nach § 51 FamGKG	565
a) Laufender Unterhalt	565
b) Kindesunterhalt	566
c) Rückständiger Unterhalt	566
d) Vertraglicher Unterhalt	567
2. Gegenstandswert bei Auskunfts- und Stufenanträgen	569
a) Auskunftsverfahren	569
b) Stufenantrag	570
3. Gegenstandswert bei Unterhaltsabänderung	571
4. Verfahrenswerte in weiteren Verfahren	572
5. Gegenstandswert bei Rechtsmitteln	573
a) Beschwerdeverfahren	573
b) Beschwerde im vereinfachten Verfahren	575

§ 2 Kindschaftssachen

Seite 351

	Rn.
I. Gerichtliche Zuständigkeit (<i>Paul</i>)	1
1. Sachliche Zuständigkeit	10
2. Örtliche Zuständigkeit	18
3. Funktionale Zuständigkeit	26
4. Internationale Zuständigkeit	27
II. Verfahrensgrundsätze (<i>Paul</i>)	41
III. Anwaltszwang (<i>Weidemann</i>)	49
1. Selbständiges Verfahren	49
a) Grundsatz	49
b) 3. Rechtszug	50
2. Folgesache	51
a) Grundsatz	51
b) Besonderheiten bei Ende des Verbundes	52
c) Sanktionen	53
d) Vorläufiger Rechtsschutz	54
IV. Verfahrenskostenhilfe (<i>Gutjahr</i>)	55

Inhaltsverzeichnis § 2

	Rn.
1. Bewilligungsverfahren	56
a) Antrag	56
b) Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse ..	56
c) Darlegung des Streitverhältnisses	56
d) Tätigwerden des Gerichts zur Herbeiführung der Entscheidungsreife ..	57
e) Entscheidung	57
f) Rechtsmittel gegen die Entscheidung über den VKH-Antrag	58
g) VKH für das Beschwerdeverfahren zweiter Instanz	59
2. Bewilligungsvoraussetzungen	60
a) Bewilligungsfähiges Verfahren	60
b) Bedürftigkeit	61
c) Erfolgsaussicht	62
d) Kein Mutwillen	70
3. Beiordnung	72
a) Beiordnung eines Hauptbevollmächtigten	72
b) Beiordnung eines Beweisaufnahmeanwalts	77
c) Beiordnung eines Verkehrsanwalts	77
d) Entpflichtung des beigeordneten und Beiordnung eines anderen Anwalts	77
4. Wirkungen der Bewilligung	78
5. Änderung des Bewilligungsbeschlusses	79
6. Aufhebung der Bewilligung	80
V. Gang des Verfahrens (Schael)	81
1. Die Antragschrift	81
a) Rubrum	81
b) Antrag	82
c) Begründung	85
d) Unterschrift	91
2. Beteiligte des Sorgerechts-, Umgangsregelungs- und Kindesherausgabe- verfahrens sowie ihre gesetzliche Vertretung	92
a) Eltern, Kind, Jugendamt	93
b) Verfahrensbeistand	94
c) Beteiligten- und Verfahrensfähigkeit	98
3. Zustellung	99
4. Vorbereitung und Durchführung der mündlichen Verhandlung	100
a) Vorbereitung der mündlichen Verhandlung	101
b) Durchführung der mündlichen Verhandlung	102
5. Säumnisverfahren	110
6. Aussetzung des Verfahrens	111
7. Beendigung des Verfahrens ohne Entscheidung in der Hauptsache	112
a) Rücknahme des Antrags	112
b) Hauptsachenerledigung	113
c) Vergleich	115
VI. Weitere Verfahren (Schael)	116
1. Verfahren über die elterliche Sorge	116
a) Sorgerechtsverfahren gemäß § 1672 BGB	116
b) Rückübertragung der elterlichen Sorge gemäß § 1751 III und § 1764 IV BGB	118
c) Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens der elterlichen Sorge	121
2. Verfahren bei Meinungsverschiedenheiten der Eltern	123

Inhaltsverzeichnis § 2

	Rn.
a) Elternkonflikt und seine Beilegung gemäß § 1628 BGB	123
b) Elternkonflikt über die religiöse Kindeserziehung und seine Beilegung gemäß § 2 III RKEG	125
c) Elternkonflikt über den Kindesnamen und seine Beilegung gemäß § 1617 II BGB	127
3. Verfahren zur Beschränkung oder zum Ausschluss der alleinigen Entscheidungsbefugnis eines Elternteils oder einer Pflegeperson in Angelegenheiten des täglichen Lebens	128
4. Verfahren zur Ersetzung von Willenserklärungen eines Elternteils	129
a) Einwilligungsersetzung nach § 1618 Satz 4 BGB	129
b) Zustimmungsersetzung gemäß § 1626 c II 3 BGB	130
5. Verfahren zur Genehmigung elterlichen Handelns	131
a) Rechtsgeschäftsgenehmigung gemäß §§ 1643 ff. BGB	131
b) Genehmigung der Ermächtigung zum selbständigen Betrieb eines Erwerbsgeschäfts	132
c) Genehmigung zur Beantragung des Aufgebotsverfahrens zur Todeserklärung	133
6. Verfahren zur Befreiung vom Erfordernis der Ehemündigkeit und zur Genehmigung der Eheschließung bei Verstoß gegen § 1303 BGB	134
a) Befreiung vom Erfordernis der Ehemündigkeit	134
b) Genehmigung der Eheschließung bei Verstoß gegen § 1303 BGB	135
7. Verfahren zur Übertragung von Angelegenheiten der elterlichen Sorge auf einen Pfleger und zur Regelung von Meinungsverschiedenheiten zwischen Eltern und Pfleger	136
a) Entziehung der Vertretungsmacht	136
b) Übertragung der Vertretungsmacht	137
c) Meinungsverschiedenheiten zwischen Eltern und Pfleger	138
8. Verfahren bei Ruhen und Beendigung der elterlichen Sorge	139
a) Ruhen der elterlichen Sorge	139
b) Übertragung des Sorgerechts, wenn die elterliche Sorge des Alleininhabers ruht	140
c) Beendigung der elterlichen Sorge	141
d) Verbleibensanordnungen zugunsten von Bezugspersonen	142
9. Verfahren bei der Notwendigkeit eines Vermögensverzeichnisses	143
10. Verfahren bei Verhinderung der Eltern	144
11. Umgangsregelungsverfahren gemäß § 1685 BGB	145
a) Voraussetzungen	145
b) Verfahren	146
12. Auskunftsverfahren gemäß § 1686 BGB	147
a) Voraussetzungen	147
b) Verfahren	148
13. Verfahren zur Bestimmung des Umgangs des Kindes mit Dritten	149
a) Voraussetzungen	149
b) Verfahren	150
14. Verfahren auf Erlass von Verbleibensanordnungen zugunsten von Pflegepersonen	151
a) Voraussetzungen	151
b) Verfahren	152
15. Verfahren zur Rückführung von Kindern gemäß Art. 8 ff. und zur Regelung des Umgangs gemäß Art. 21 des Übereinkommens über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (HKÜ)	153
a) Voraussetzungen	153
b) Verfahren	154

Inhaltsverzeichnis § 2

	Rn.
16. Abänderung von Entscheidungen zum Sorge- oder Umgangsrecht und über die Kindesherausgabe sowie von gerichtlich gebilligten Vergleichen	158
a) Gegenstand der Abänderung	159
b) Abänderungsgründe	160
c) Verfahren	161
17. Verfahren zur Anordnung und Beendigung von Vormundschaft und Pflegschaft sowie zur Auswahl und Bestellung des Vormunds und Pflegers	162
a) Voraussetzungen	163
b) Verfahren	168
18. Verfahren zur Genehmigung der freiheitsentziehenden Unterbringung eines Minderjährigen (§§ 1631 b, 1800, 1915 BGB) und zur Anordnung der freiheitsentziehenden Unterbringung eines Minderjährigen nach den Landesgesetzen über die Unterbringung psychisch Kranker	176
a) Voraussetzungen	177
b) Verfahren	178
19. Verfahren in Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Jugendgerichtsgesetz	180
a) Voraussetzungen	181
b) Verfahren	183
VII. Endentscheidung (<i>Gutjahr</i>)	185
1. Art der Entscheidung, Rubrum	185
2. Entscheidung in der Hauptsache	187
a) Elterliche Sorge	187
b) Umgangsregelungsverfahren	191
c) Kindesherausgabe	198
d) Weitere Kindschaftssachen	199
3. Kostenentscheidung	200
4. Ausspruch zur sofortigen Wirksamkeit	208
5. Zulassung der Beschwerde	209
6. Begründung der Entscheidung	210
7. Rechtsmittelbelehrung	211
8. Bekanntgabe, Zustellung, Wirksamkeit und Rechtskraft	212
VIII. Vorläufiger Rechtsschutz (<i>von Swiekowski-Trzaska</i>)	213
1. Einstweilige Anordnung	213
a) Selbständiges Verfahren	214
2. Sorgerechtsverfahren	217
a) Antrag	217
b) Regelungsbedürfnis	218
3. Umgangsverfahren	220
a) Antrag	220
b) Regelungsbedürfnis	221
4. Kindesherausgabeverfahren	222
5. Glaubhaftmachung	223
6. Anhörung	225
7. Verfahrensgang	227
a) Teilregelungen in Sorgerechtsentscheidungen	228
b) Teilregelungen in Umgangsentscheidungen	229
c) Einigung der Kindeseltern	230

	Rn.
d) Umgangsvergleiche	231
8. Einleitung des Hauptsacheverfahrens	233
a) Antrag	233
b) Aufhebung der einstweiligen Anordnung bei Verstreichen der Frist ..	234
9. Rechtsmittel der einstweiligen Anordnung	235
a) Befristete Beschwerde	235
b) Abänderung oder Aufhebung der einstweiligen Anordnung	236
c) Abänderung nach Entscheidung ohne mündliche Verhandlung	237
d) Abänderung nach Entscheidung mit mündlicher Verhandlung	239
10. Außerkrafttreten der einstweiligen Anordnung	240
11. Vollstreckung	242
IX. Rechtsmittel (Weidemann)	243
1. Rechtsmittel gegen Endentscheidungen	243
a) Statthaftes Rechtsmittel	243
b) Rechtsmittelgericht	244
c) Beschwerdefrist	244
d) Anwaltszwang	244
e) Beschwerdeschrift	245
f) Beschwerdeberechtigung/Beschwer	246
g) Beschwerdebegründung	247
h) Anschlussbeschwerde	248
i) Aufschiebende Wirkung	249
j) Einleitung des Verfahrens	250
k) Ablauf des Verfahrens	251
l) Beendigung des Verfahrens	252
2. Rechtsmittel gegen Nebenentscheidungen	254
a) Fehlen des Ausspruchs zur sofortigen Wirksamkeit des Beschlusses (§ 40 III FamFG)	254
b) Fehlen einer Kostenentscheidung	255
c) Rechtsmittel gegen Kostenentscheidung bei Entscheidung in der Hauptsache	255
d) Rechtsmittel gegen isolierte Kostenentscheidung	256
e) Rechtsmittel gegen eine versagte oder erfolgte Zulassung der Beschwerde	257
f) Rechtsmittel bei unterbliebener Entscheidung über die Zulassung der Rechtsbeschwerde	258
3. Rechtsmittel gegen Zwischenentscheidungen	259
a) Aussetzungsbeschlüsse des Familiengerichts	259
b) Aussetzungsbeschlüsse des Oberlandesgerichts	261
c) Bestellung eines Verfahrensbeistands	261
d) Anordnung der Einholung eines schriftlichen Sachverständigen- gutachtens	261
e) Antrag auf Hinzuziehung eines Beteiligten	262
f) Zurückweisung eines Ablehnungsgesuchs	262
g) Anordnung von Zwangsmitteln	262
4. Rechtsmittel in weiteren Verfahren	263
a) Verfahren über die elterliche Sorge	263
b) Verfahren bei Meinungsverschiedenheiten der Eltern	263
c) Verfahren zur Beschränkung oder zum Ausschluss der alleinigen Entscheidungsbefugnis eines Elternteils oder einer Pflegeperson in Angelegenheiten des täglichen Lebens	264
d) Verfahren zur Ersetzung von Willenserklärungen eines Elternteils ...	264

Inhaltsverzeichnis § 3

	Rn.
e) Verfahren zur Genehmigung elterlichen Handelns	265
f) Verfahren zur Befreiung vom Erfordernis der Ehemündigkeit und zur Genehmigung der Eheschließung bei Verstoß gegen § 1303 BGB	265
g) Verfahren zur Übertragung von Angelegenheiten der elterlichen Sorge auf einen Pfleger und zur Regelung von Meinungsverschie- denheiten zwischen Eltern und Pfleger	266
h) Verfahren bei Ruhen der elterlichen Sorge	266
i) Verfahren bei Notwendigkeit eines Vermögensverzeichnisses	267
j) Verfahren bei Verhinderung der Eltern	267
k) Umgangsverfahren gemäß § 1685 BGB	268
l) Auskunftsverfahren gemäß § 1686 BGB	268
m) Verfahren zur Bestimmung des Umgangs des Kindes mit Dritten	268
n) Verfahren auf Erlass von Verbleibensanordnungen zugunsten von Pflegepersonen	269
o) Verfahren zur Rückführung von Kindern gemäß Art. 8 ff. und zur Regelung des Umgangs gemäß Art. 21 des Übereinkommens über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (HKÜ) ..	269
p) Änderungen von Entscheidungen zum Sorge- oder Umgangsrecht sowie von gerichtlich gebilligten Vergleichen	269
q) Verfahren zur Anordnung und Beendigung von Vormundschaft und Pflegschaft sowie zur Auswahl und Bestellung des Vormunds und Pflegers	270
r) Verfahren zur Genehmigung der freiheitsentziehenden Unter- bringung eines Minderjährigen (§§ 1631 b, 1800, 1915 BGB) und zur Anordnung der freiheitsentziehenden Unterbringung eines Minder- jährigen nach den Landesgesetzen über die Unterbringung psychisch Kranker	270
s) Verfahren in Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Jugend- gerichtsgesetz	270
5. Rechtsbeschwerde	271
a) Statthaftes Rechtsmittel	271
b) Rechtsmittelgericht	272
c) Frist	272
d) Anwaltszwang	272
e) Beschwerdeschrift	273
f) Beschwerdeberechtigung/Beschwer	273
g) Beschwerdebegründung	273
h) Anschlussrechtsbeschwerde	273
i) Gang des Verfahrens	274
6. Sprungrechtsbeschwerde	275
7. Gehörsrüge	276
a) Statthaftigkeit	276
b) Frist	277
c) Form	277
d) Gang des Verfahrens	278
8. Vollstreckung	279
a) Allgemeine Vollstreckung	279
b) Vollstreckung von Entscheidungen über die Herausgabe von Personen und die Regelung des Umgangs	280
c) Vollstreckung nach der ZPO	283
X. Verfahrenswert (von <i>Swieykowski-Trzaska</i>)	284

§ 3 Ehewohnungs- und Haushaltssachen

Seite 543

	Rn.
I. Gerichtliche Zuständigkeit (Eckebrecht)	1
1. Begriff	1
2. Sachliche Zuständigkeit	7
3. Örtliche Zuständigkeit	15
4. Abgabe/Verweisung/Kompetenzkonflikt	16
5. Funktionale Zuständigkeit	19
6. Internationale Zuständigkeit	20
II. Verfahrensgrundsätze (Eckebrecht)	22
III. Anwaltszwang (Weidemann)	26
1. Selbständige Verfahren	26
2. Folgesache	27
IV. Verfahrenskostenhilfe (Gutjahr)	29
1. Bewilligungsverfahren	30
a) Antrag	30
b) Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse	30
c) Darlegung des Streitverhältnisses	30
d) Tätigwerden des Gerichts zur Herbeiführung der Entscheidungsreife	30
e) Entscheidung	30
f) Rechtsmittel gegen die Entscheidung über den VKH-Antrag	31
g) VKH für das Beschwerdeverfahren zweiter Instanz	31
2. Bewilligungsvoraussetzungen	32
a) Bewilligungsfähiges Verfahren	32
b) Bedürftigkeit	32
c) Erfolgsaussicht	33
d) Kein Mutwillen	34
3. Beiordnung	35
a) Beiordnung eines Hauptbevollmächtigten	35
b) Beiordnung eines Beweisaufnahmewanwalts	36
c) Beiordnung eines Verkehrsanwalts	36
d) Entpflichtung des beigeordneten und Beiordnung eines anderen Anwalts	36
4. Wirkungen der Bewilligung	37
5. Änderung des Bewilligungsbeschlusses	38
6. Aufhebung der Bewilligung	39
V. Gang des Verfahrens (Schael)	40
1. Die Antragsschrift	40
a) Rubrum	40
b) Antrag	41
c) Begründung	45
d) Unterschrift	52
2. Beteiligte des Verfahrens in Haushalts- und Ehewohnungssachen und ihre gesetzliche Vertretung	53
a) Das Verfahren in Haushaltssachen	53
b) Das Verfahren in Ehewohnungssachen	54
3. Zustellung	55
4. Vorbereitung und Durchführung der mündlichen Verhandlung	56

Inhaltsverzeichnis §3

	Rn.
a) Vorbereitung der mündlichen Verhandlung	56
b) Durchführung der mündlichen Verhandlung	57
5. Säumnisverfahren	58
6. Aussetzung des Verfahrens	59
7. Beendigung des Verfahrens ohne Entscheidung in der Hauptsache	60
a) Rücknahme des Antrags	60
b) Hauptsachenerledigung	61
c) Vergleich	62
VI. Weitere Verfahren (Schael)	63
1. Auskunftsverfahren	63
a) Voraussetzungen	63
b) Verfahren	64
2. Abänderungsverfahren	65
a) Voraussetzungen	65
b) Verfahren	65
3. Verfahren auf Festsetzung einer Vergütung für die Wohnungsnutzung ..	66
a) Voraussetzungen	66
b) Verfahren	67
VII. Endentscheidung (Gutjahr)	69
1. Art der Entscheidung/Rubrum	69
2. Entscheidung in der Hauptsache	70
3. Kostenentscheidung	77
4. Ausspruch zur sofortigen Wirksamkeit	80
5. Zulassung der Beschwerde	81
6. Begründung der Entscheidung	82
7. Rechtsmittelbelehrung	83
8. Bekanntgabe, Zustellung, Wirksamkeit und Rechtskraft	84
VIII. Vorläufiger Rechtsschutz (von Swieykowski-Trzaska)	85
1. Einstweilige Anordnung	85
a) Selbständige Verfahren	85
b) Zuständigkeit	86
2. Ehewohnungssachen	87
a) Anordnungsanspruch	87
b) Das Merkmal der unbilligen Härte	88
c) Der Amtsermittlungsgrundsatz	90
d) Das Regelungsbedürfnis	91
e) Räumungsfrist	92
3. Haushaltssachen	93
4. Glaubhaftmachung	96
5. Gang des Verfahrens	98
a) Vergleich	100
b) Einleitung des Hauptsacheverfahrens	101
6. Rechtsmittel der einstweiligen Anordnung	102
a) Befristete Beschwerde	102
b) Das Abänderungs- und Aufhebungsverfahren	103
c) Abänderung nach Entscheidung ohne mündliche Verhandlung	103
d) Abänderung nach Entscheidung mit mündlicher Verhandlung	104
7. Außerkrafttreten der einstweiligen Anordnung	105
8. Vollstreckung	106

Inhaltsverzeichnis § 4

	Rn.
IX. Rechtsmittel (Weidemann)	108
1. Rechtsmittel gegen Endentscheidungen	109
a) Statthaftes Rechtsmittel	109
b) Rechtsmittelgericht	109
c) Beschwerdefrist	110
d) Anwaltszwang	110
e) Beschwerdeschrift	110
f) Beschwerdeberechtigung	111
g) Beschwerdewert	112
h) Beschwerdebegründung	112
i) Anschlussbeschwerde	112
j) Aufschiebende Wirkung	112
k) Einleitung des Verfahrens	113
l) Ablauf des Verfahrens	113
m) Beendigung des Verfahrens	114
2. Rechtsmittel gegen Nebenentscheidungen	116
a) Fehlen des Ausspruchs zur sofortigen Wirksamkeit des Beschlusses (§ 209 II FamFG)	116
b) Fehlen der Kostenentscheidung	117
c) Anfechtbarkeit der Kostenentscheidung	118
d) Rechtsmittel bei unterbliebener Entscheidung über die Zulassung der Beschwerde/Rechtsbeschwerde	119
e) Rechtsmittel gegen Durchführungsanordnungen	120
3. Rechtsmittel gegen Zwischenentscheidungen	121
4. Rechtsmittel in weiteren Verfahren	122
a) Auskunftsverfahren	122
b) Abänderungsverfahren	123
c) Nachträgliche Verfahren auf Festsetzung einer Vergütung für die Wohnungsnutzung	124
5. Rechtsbeschwerde	125
6. Sprungrechtsbeschwerde	126
7. Gehörsrüge	127
8. Vollstreckung	128
a) Ehewohnungssachen	128
b) Haushaltssachen	129
c) Nutzungsvergütung/Ausgleichszahlung	130
X. Verfahrenswert (von Swiękowski-Trzaska)	131
1. Hauptsacheverfahren	131
2. Einstweilige Anordnung	132

§ 4 Gewaltschutzsachen

Seite 625

	Rn.
I. Gerichtliche Zuständigkeit (Paul)	1
1. Sachliche Zuständigkeit	2
2. Örtliche Zuständigkeit	3
3. Funktionelle Zuständigkeit	4
4. Internationale Zuständigkeit	5
II. Verfahrensgrundsätze (Paul)	7
1. Allgemeines	7
2. Untersuchungsgrundsatz	8

Inhaltsverzeichnis § 4

	Rn.
3. Antragserfordernis	9
4. Anhörungs- und Mitteilungspflichten des Gerichts	10
III. Anwaltszwang (<i>Weidemann</i>)	12
IV. Verfahrenskostenhilfe (<i>Gutjahr</i>)	13
1. Bewilligungsverfahren	14
a) Antrag	14
b) Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse	14
c) Darlegung des Streitverhältnisses	14
d) Tätigwerden des Gerichts zur Herbeiführung der Entscheidungsreife	14
e) Entscheidung	14
f) Rechtsmittel gegen die Entscheidung über den VKH-Antrag	15
g) VKH für das Beschwerdeverfahren zweiter Instanz	15
2. Bewilligungsvoraussetzungen	16
a) Bewilligungsfähiges Verfahren	16
b) Bedürftigkeit	16
c) Erfolgsaussicht	17
d) Kein Mutwillen	17
3. Beiordnung	18
a) Beiordnung eines Hauptbevollmächtigten	18
b) Beiordnung eines Beweisaufnahmeanwalts	19
c) Beiordnung eines Verkehrsanwalts	19
d) Entpflichtung des beigeordneten und Beiordnung eines anderen Anwalts	19
4. Wirkungen der Bewilligung	20
5. Änderung des Bewilligungsbeschlusses	20
6. Aufhebung der Bewilligung	20
V. Gang des Verfahrens (<i>Schael</i>)	21
1. Die Antragsschrift	21
a) Rubrum	21
b) Antrag	22
c) Begründung	24
d) Unterschrift	26
2. Beteiligte des Verfahrens in Gewaltschutzsachen und ihre gesetzliche Vertretung	27
3. Zustellung	28
4. Vorbereitung und Durchführung der mündlichen Verhandlung	29
a) Vorbereitung der mündlichen Verhandlung	29
b) Durchführung der mündlichen Verhandlung	30
5. Säumnisverfahren	31
6. Aussetzung des Verfahrens	32
7. Beendigung des Verfahrens ohne Entscheidung in der Hauptsache	33
a) Rücknahme des Antrags	33
b) Hauptsachenerledigung	34
c) Vergleich	35
VI. Weitere Verfahren (<i>Schael</i>)	36
1. Abänderungsverfahren	36
a) Voraussetzungen	36
b) Verfahren	37

	Rn.
2. Verfahren auf Festsetzung einer Vergütung für die Nutzung der Wohnung	38
a) Voraussetzungen	38
b) Verfahren	39
VII. Endentscheidung (Gutjahr)	40
1. Art der Entscheidung, Rubrum	40
2. Entscheidung in der Hauptsache	41
3. Kostenentscheidung	43
4. Ausspruch zur sofortigen Wirksamkeit	44
5. Zulassung der Beschwerde	45
6. Begründung der Entscheidung	46
7. Rechtsmittelbelehrung	47
8. Bekanntgabe, Zustellung, Wirksamkeit und Rechtskraft	48
VIII. Vorläufiger Rechtsschutz (von Swieykowski-Trzaska)	49
1. Einstweilige Anordnung	49
a) Selbständige Verfahren	49
b) Zuständigkeit	50
2. Anordnungsanspruch	51
a) Wohnungsüberlassung	51
b) Amtsermittlungsgrundsatz	53
c) Regelungsbedürfnis	53
d) Glaubhaftmachung	54
3. Gang des Verfahrens	55
4. Einleitung des Hauptsacheverfahrens	57
5. Rechtsmittel der einstweiligen Anordnung	59
a) Befristete Beschwerde	59
b) Das Abänderungs- und Aufhebungsverfahren	59
c) Abänderung nach Entscheidung ohne mündliche Verhandlung	60
d) Abänderung nach Entscheidung mit mündlicher Verhandlung	61
6. Außerkrafttreten der einstweiligen Anordnung	62
7. Vollstreckung	63
IX. Rechtsmittel (Weidemann)	64
1. Rechtsmittel gegen Endentscheidungen	65
a) Statthafte Rechtsmittel	65
b) Rechtsmittelgericht	65
c) Beschwerdefrist	66
d) Anwaltszwang	66
e) Beschwerdeschrift	67
f) Beschwerdeberechtigung	67
g) Beschwerdewert	68
h) Beschwerdebegründung	68
i) Anschlussbeschwerde	69
j) Aufschiebende Wirkung	69
k) Einleitung des Verfahrens	70
l) Ablauf des Verfahrens	70
m) Beendigung des Verfahrens	71
2. Rechtsmittel gegen Nebenentscheidungen	73
a) Fehlen des Ausspruchs zur sofortigen Wirksamkeit des Beschlusses (§ 216 I FamFG)	73

Inhaltsverzeichnis § 5

	Rn.
b) Fehlen einer Kostenentscheidung	73
c) Anfechtbarkeit der Kostenentscheidung	74
d) Rechtsmittel bei unterbliebener Entscheidung über die Zulassung der Rechtsbeschwerde	74
e) Rechtsmittel gegen Durchführungsanordnungen	74
3. Rechtsmittel gegen Zwischenentscheidungen	75
4. Rechtsmittel in weiteren Verfahren	76
a) Abänderungsverfahren	76
b) Verfahren auf Festsetzung einer Vergütung für die Nutzung der Wohnung	76
5. Rechtsbeschwerde	77
6. Sprungrechtsbeschwerde	78
7. Gehörsrüge	79
8. Vollstreckung	80
a) Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen	80
b) Anordnungen nach § 1 GewSchG	80
c) Verfahren nach § 2 GewSchG	81
d) Nutzungsvergütung	81
X. Verfahrenswert (<i>von Swieykowski-Trzaska</i>)	82
1. Hauptsacheverfahren	82
2. Einstweilige Anordnung	83

§ 5 Ehesachen

Seite 669

	Rn.
I. Gerichtliche Zuständigkeit (<i>Paul</i>)	1
1. Sachliche Zuständigkeit	4
2. Örtliche Zuständigkeit	11
3. Funktionelle Zuständigkeit	17
4. Internationale Zuständigkeit	18
II. Verfahrensgrundsätze (<i>Paul</i>)	32
1. Verfahrensvorschriften	33
2. Verfahrensverbund	34
3. Eingeschränkter Dispositionsgrundsatz	38
4. Untersuchungsgrundsatz	40
5. Mündlichkeitsgrundsatz	46
III. Anwaltszwang (<i>Große-Boymann</i>)	49
1. Grundsatz	49
2. Ausnahmen	50
IV. Verfahrenskostenhilfe (<i>Gutjahr</i>)	52
1. Bewilligungsverfahren	53
a) Antrag	53
b) Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse ..	53
c) Darlegung des Streitverhältnisses	54
d) Tätigwerden des Gerichts zur Herbeiführung der Entscheidungsreife	54
e) Entscheidung	55
f) Rechtsmittel gegen die Entscheidung über den VKH-Antrag	55
g) VKH für das Beschwerdeverfahren	56

Inhaltsverzeichnis § 5

	Rn.
2. Bewilligungsvoraussetzungen	57
a) Bewilligungsfähiges Verfahren	57
b) Bedürftigkeit	57
c) Erfolgsaussicht	58
d) Kein Mutwillen	62
3. Beiordnung	64
a) Beiordnung eines Hauptbevollmächtigten	64
b) Beiordnung eines Beweisaufnahmeanwalts	65
c) Beiordnung eines Verkehrsanwalts	66
d) Entpflichtung des beigeordneten und Beiordnung eines anderen Anwalts	66
4. Wirkungen der Bewilligung	67
5. Änderung des Bewilligungsbeschlusses	68
6. Aufhebung der Bewilligung	69
V. Gang des Verfahrens (Schael)	70
1. Die Antragschrift	70
a) Rubrum	70
b) Antrag	72
c) Begründung	79
d) Unterschrift	82
2. Beteiligte des Scheidungsverfahrens und ihre gesetzliche Vertretung	83
3. Zustellung	85
4. Vorbereitung und Durchführung der mündlichen Verhandlung	86
a) Vorbereitung der mündlichen Verhandlung	86
b) Durchführung der mündlichen Verhandlung	101
5. Säumnisverfahren	105
a) Scheidungssache	105
b) Familienstreitsachen als Folgesachen	106
c) Folgesachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit	107
d) Einspruch	108
6. Aussetzung des Verfahrens	109
a) Aussetzung wegen Voreiligkeit oder Kindschaft	110
b) Aussetzung gemäß § 136 FamFG	111
c) Aussetzung gemäß § 21, § 221 FamFG	113
7. Beendigung des Verfahrens ohne Entscheidung in der Hauptsache	114
a) Rücknahme des Antrags	114
b) Hauptsachenerledigung	116
c) Vergleich	118
VI. Weitere Verfahren (Schael)	120
1. Verfahren auf Aufhebung der Ehe	120
a) Voraussetzungen	120
b) Verfahren	123
2. Verfahren auf Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens einer Ehe	125
a) Voraussetzungen	125
b) Verfahren	126
VII. Endentscheidung (Gutjahr)	128
1. Art der Entscheidung, Rubrum	128
2. Entscheidung in der Hauptsache	130
3. Kostenentscheidung	135

Inhaltsverzeichnis § 6

	Rn.
4. Ausspruch zur sofortigen Wirksamkeit	143
5. Zulassung der Beschwerde	144
6. Begründung der Entscheidung	145
7. Rechtsmittelbelehrung	147
8. Verkündung, Zustellung, Wirksamkeit und Rechtskraft	148
VIII. Vorläufiger Rechtsschutz (<i>von Swieykowski-Trzaska</i>)	150
IX. Rechtsmittel (<i>Große-Boymann</i>)	153
1. Rechtsmittel gegen Verbundentscheidungen	154
a) Statthaftes Rechtsmittel	154
b) Beschwerdegericht	155
c) Beschwerdefrist	156
d) Anwaltszwang	158
e) Beschwerdeschrift	159
f) Beschwerdeberechtigung/Beschwer	160
g) Beschwerdewert	162
h) Rechtsmittelverzicht	163
i) Beschwerdebegründung	164
j) Beschwerdeerweiterung	167
k) Antragerweiterung	170
l) Anschlussbeschwerde	171
m) Aufschiebende Wirkung/Aussetzung der Vollziehung	182
n) Durchführung des Verfahrens	183
2. Rechtsmittel gegen Nebenentscheidungen	190
a) Fehlen der Anordnung der sofortigen Wirksamkeit einer unterhaltsrechtlichen oder güterrechtlichen Folgesacheentscheidung oder einer Entscheidung über die Ehewohnungszuweisung	190
b) Übergehen des Antrages auf Einstellung oder Beschränkung der Vollstreckung (§ 120 II 2 FamFG)/Fehlerhafte Entscheidung des Familiengerichts	191
c) Fehlen der Kostenentscheidung	192
d) Fehlerhafte Kostenentscheidungen bei Entscheidung auch in der Hauptsache	193
e) Fehlerhafte isolierte Kostenentscheidungen (Kostenentscheidungen ohne Entscheidung in der Hauptsache)	193
f) Versagte/erfolgte Zulassung der Rechtsbeschwerde	194
g) Fehlende Entscheidung über die Zulassung der Rechtsbeschwerde ..	194
3. Rechtsmittel gegen Zwischenentscheidungen	195
a) Beschluss über die Abtrennung einer Folgesache	195
b) Aussetzungsbeschlüsse des Familiengerichts	196
4. Rechtsmittel in weiteren Verfahren	198
a) Rechtsmittel gegen Eheaufhebungsbeschlüsse	198
b) Rechtsmittel gegen Feststellungsbeschluss über Bestehen oder Nichtbestehen einer Ehe	199
5. Rechtsbeschwerde	200
6. Sprungrechtsbeschwerde	201
7. Gehörsrüge	202
8. Vollstreckung	203
X. Streitwert (<i>von Swieykowski-Trzaska</i>)	204
1. Wert der Scheidungssache	204
2. Grundsätze der Wertfestsetzung für Folgesachen	205

	Rn.
3. Verfahrenswert für die Folgesache Versorgungsausgleich	206
4. Verfahrenswert für die anderen Folgesachen	207

§ 6 Versorgungsausgleichssachen Seite 797

	Rn.
I. Gerichtliche Zuständigkeit (Paul)	1
1. Sachliche Zuständigkeit	3
2. Örtliche Zuständigkeit	4
3. Funktionelle Zuständigkeit	5
4. Internationale Zuständigkeit	6
II. Verfahrensgrundsätze (Paul)	9
1. Allgemeines	9
2. Öffentlich-rechtlicher Versorgungsausgleich	10
III. Anwaltszwang (Weidemann)	13
1. Selbständiges Verfahren	13
2. Folgesache	14
a) Grundsatz	14
b) Vergleich	15
c) Dritte als Verfahrensbeteiligte	16
IV. Verfahrenskostenhilfe (Gutjahr)	17
1. Bewilligungsverfahren	18
a) Antrag	18
b) Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse ..	18
c) Darlegung des Streitverhältnisses	18
d) Tätigwerden des Gerichts zur Herbeiführung der Entscheidungsreife	19
e) Entscheidung	19
f) Rechtsmittel gegen die Entscheidung über den VKH-Antrag	19
g) VKH für das Beschwerdeverfahren	20
2. Bewilligungsvoraussetzungen	21
a) Bewilligungsfähiges Verfahren	21
b) Bedürftigkeit	21
c) Erfolgsaussicht	22
d) Kein Mutwillen	22
3. Beiordnung	23
a) Beiordnung eines Hauptbevollmächtigten	23
b) Beiordnung eines Beweisaufnahmewanlts	25
c) Beiordnung eines Verkehrsanwalts	26
d) Entpflichtung des beigeordneten und Beiordnung eines anderen Anwalts	26
4. Wirkungen der Bewilligung	27
5. Änderung des Bewilligungsbeschlusses	28
6. Aufhebung der Bewilligung	29
V. Gang des Verfahrens (Schael)	30
1. Die Antragsschrift	30
a) Rubrum	30
b) Antrag	31
c) Begründung	33
d) Unterschrift	35

Inhaltsverzeichnis § 6

	Rn.
2. Beteiligte des Versorgungsausgleichsverfahrens und ihre gesetzliche Vertretung	36
3. Zustellung	37
4. Vorbereitung und Durchführung der mündlichen Verhandlung	38
a) Vorbereitung der mündlichen Verhandlung	39
b) Durchführung der mündlichen Verhandlung	42
5. Säumnisverfahren	43
6. Aussetzung des Verfahrens	44
a) Aussetzung gemäß § 221 II, III, FamFG	44
b) Aussetzung gemäß § 21 I FamFG	45
7. Beendigung des Verfahrens ohne Entscheidung in der Hauptsache	46
a) Rücknahme des Antrags	46
b) Hauptsachenerledigung	47
c) Vergleich	50
VI. Weitere Verfahren (<i>Schael</i>)	56
1. Auskunftsverfahren	56
a) Voraussetzungen	56
b) Verfahren	57
2. Verfahren zur Ersetzung der Abtretungserklärung des Ausgleichspflichtigen gemäß § 21 I VersAusglG	60
a) Voraussetzungen	60
b) Verfahren	61
3. Anpassungsverfahren gemäß §§ 33, 34 VersAusglG	62
a) Voraussetzungen	62
b) Verfahren	63
4. Abänderungsverfahren gemäß §§ 225, 226 FamFG, Übergangsrecht und Wiederaufnahme	64
a) Voraussetzungen	64
b) Verfahren	68
5. Abänderungsverfahren gemäß § 227 I FamFG	70
a) Voraussetzungen	70
b) Verfahren	71
6. Verfahren auf Hinterbliebenenversorgung gemäß §§ 25, 26 VersAusglG	72
a) Voraussetzungen	72
b) Verfahren	73
VII. Endentscheidung (<i>Gutjahr</i>)	74
1. Art der Entscheidung, Rubrum	74
2. Entscheidung in der Hauptsache	75
3. Kostenentscheidung	84
4. Ausspruch zur sofortigen Wirksamkeit	85
5. Zulassung der Beschwerde	86
6. Begründung der Entscheidung	87
7. Rechtsmittelbelehrung	89
8. Bekanntgabe, Zustellung, Wirksamkeit und Rechtskraft	90
VIII. Vorläufiger Rechtsschutz (<i>von Swieykowski-Trzaska</i>)	91
1. Einstweilige Anordnung	91
a) Selbständiges Verfahren	92
b) Zuständigkeit	93
2. Der Anordnungsanspruch	94

Inhaltsverzeichnis § 7

	Rn.
a) Regelungsbedürfnis	94
b) Glaubhaftmachung	95
3. Gang des Verfahrens	96
4. Einleitung des Hauptsacheverfahrens	97
5. Das Abänderungs- und Aufhebungsverfahren	99
a) Entscheidungen ohne mündliche Verhandlung	100
b) Abänderung nach Entscheidungen mit mündlicher Verhandlung	102
6. Außerkrafttreten der einstweiligen Anordnung	103
7. Vollstreckung einer einstweiligen Anordnung	104
IX. Rechtsmittel (Weidemann)	106
1. Rechtsmittel im Folgesachenverfahren	107
2. Rechtsmittel im isolierten Verfahren über den Versorgungsausgleich	108
3. Rechtsmittel gegen Endentscheidungen	109
a) Statthaftes Rechtsmittel	109
b) Rechtsmittelgericht	109
c) Beschwerdefrist	110
d) Anwaltszwang	110
e) Beschwerdeschrift	110
f) Beschwerdeberechtigung	111
g) Beschwerdewert	111
h) Beschwerdebegründung	112
i) Anschlussbeschwerde	113
j) Aufschiebende Wirkung/Aussetzung der Vollziehung	113
k) Einleitung des Verfahrens	114
l) Vorbereitung und Durchführung der mündlichen Verhandlung	114
m) Beendigung des Verfahrens	115
4. Rechtsmittel gegen Nebenentscheidungen	116
5. Rechtsmittel gegen Zwischenentscheidungen	117
a) Aussetzungsbeschlüsse des Familiengerichts	117
b) Aussetzungsbeschlüsse des Oberlandesgerichts	117
6. Rechtsmittel in weiteren Verfahren	118
a) Auskunftsverfahren	118
b) Verfahren zur Ersetzung der Abtretungserklärung des Ausgleichspflichtigen gemäß § 21 I VersAusglG	118
c) Anpassungsverfahren gemäß §§ 33, 34 VersAusglG	119
d) Abänderungsverfahren gemäß §§ 225, 226 FamFG, Übergangsrecht und Wiederaufnahme	119
e) Abänderungsverfahren gemäß § 227 FamFG	120
f) Verfahren auf Hinterbliebenenversorgung gemäß §§ 25, 26 VersAusglG	120
7. Rechtsbeschwerde	121
8. Sprungrechtsbeschwerde	122
9. Gehörsrüge	123
10. Vollstreckung	124
a) Entscheidungen über die Begründung oder Übertragung von Anrechten im öffentlich-rechtlichen Versorgungsausgleich	124
b) Entscheidungen mit Begründung einer Leistungspflicht	125
c) Entscheidungen auf Auskunft	125
X. Verfahrenswert (von Swieykowski-Trzaska)	126

§ 7 Güterrechtssachen

Seite 871

	Rn.
I. Gerichtliche Zuständigkeit (Paul)	1
1. Sachliche Zuständigkeit	4
2. Örtliche Zuständigkeit	9
3. Funktionelle Zuständigkeit	12
4. Internationale Zuständigkeit	13
II. Verfahrensgrundsätze (Paul)	17
III. Anwaltszwang (Große-Boymann)	18
IV. Verfahrenskostenhilfe (Gutjahr)	19
1. Bewilligungsverfahren	20
a) Antrag	20
b) Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse ..	20
c) Darlegung des Streitverhältnisses	20
d) Tätigwerden des Gerichts zur Herbeiführung der Entscheidungsreife ..	20
e) Entscheidung	21
f) Rechtsmittel gegen die Entscheidung über den VKH-Antrag	21
g) VKH für das Berufungsverfahren	21
2. Bewilligungsvoraussetzungen	22
a) Bewilligungsfähiges Verfahren	22
b) Bedürftigkeit	22
c) Erfolgsaussicht	23
d) Kein Mutwillen	23
3. Beordnung	24
a) Beordnung eines Hauptbevollmächtigten	24
b) Beordnung eines Beweisaufnahmeanwalts	25
c) Beordnung eines Verkehrsanwalts	25
d) Entpflichtung des beigeordneten und Beordnung eines anderen Anwalts	25
4. Wirkungen der Bewilligung	26
5. Änderung des Bewilligungsbeschlusses	27
6. Aufhebung der Bewilligung	28
V. Gang des Verfahrens (Schael)	29
1. Die Klageantragsschrift	29
a) Rubrum	29
b) Antrag	30
c) Begründung	31
d) Unterschrift	34
2. Beteiligte des Zugewinnausgleichsverfahrens und ihre gesetzliche Vertretung	35
3. Zustellung	36
4. Vorbereitung und Durchführung der mündlichen Verhandlung	37
a) Güteverhandlung	37
b) Vorbereitung der mündlichen Verhandlung	38
c) Durchführung der mündlichen Verhandlung	40
5. Säumnisverfahren	41
6. Aussetzung des Verfahrens	42
7. Beendigung des Verfahrens ohne Entscheidung in der Hauptsache	43
a) Rücknahme des Klageantrags	43

Inhaltsverzeichnis § 7

	Rn.
b) Hauptsachenerledigung	43
c) Vergleich	43
VI. Weitere Verfahren (<i>Schael</i>)	44
1. Mahnverfahren	44
a) Voraussetzungen und Zuständigkeit	45
b) Antragsstellung und Entscheidung	46
c) Widerspruch und Einspruch	48
2. Auskunftsverfahren	49
a) Voraussetzungen	49
b) Verfahren	50
3. Stufenverfahren	55
4. Verfahren auf vorzeitigen Zugewinnausgleich und vorzeitige Aufhebung der Zugewinnngemeinschaft	56
a) Voraussetzungen	56
b) Verfahren	57
5. Stundungsverfahren gemäß § 1382 BGB	60
a) Voraussetzungen	60
b) Verfahren	61
6. Verfahren zur Übertragung von Vermögensgegenständen gemäß § 1383 BGB	66
a) Voraussetzungen	66
b) Verfahren	67
7. Verfahren zur Aufhebung und Auseinandersetzung der Gütergemeinschaft	68
a) Voraussetzungen	68
b) Verfahren	69
8. Verfahren auf Zustimmungsersetzung gemäß § 1365 II, § 1369 II, § 1426, § 1430, § 1452 BGB	75
a) Voraussetzungen	75
b) Verfahren	78
VII. Endentscheidung (<i>Gutjahr</i>)	80
1. Art der Entscheidung, Rubrum	80
2. Entscheidung in der Hauptsache	81
3. Kostenentscheidung	87
4. Ausspruch zur sofortigen Wirksamkeit	89
5. Zulassung der Beschwerde	90
6. Begründung der Entscheidung	91
7. Rechtsmittelbelehrung	92
8. Verkündung, Zustellung, Wirksamkeit und Rechtskraft	93
VIII. Vorläufiger Rechtsschutz (<i>von Swieykowski-Trzaska</i>)	94
1. Arrest	94
a) Arrestanspruch - Sicherung der künftigen Ausgleichsförderung	96
b) Arrestgrund	97
2. Gang des Verfahrens	98
3. Vollstreckung	100
4. Einstweilige Anordnung	101
a) Selbständiges Verfahren	101
b) Zuständigkeit	103
c) Regelungsbedürfnis	104
d) Glaubhaftmachung	105

Inhaltsverzeichnis § 8

	Rn.
5. Gang des Verfahrens	105
6. Einleitung des Hauptsacheverfahrens	108
7. Das Abänderungs- und Aufhebungsverfahren	109
a) Abänderung von Entscheidungen ohne mündliche Verhandlung	110
b) Abänderung von Entscheidungen mit mündlicher Verhandlung	112
8. Außerkrafttreten der einstweiligen Anordnung	113
9. Vollstreckung	115
IX. Rechtsmittel (<i>Große-Boymann</i>)	117
1. Rechtsmittel gegen Endentscheidungen nach §§ 261 I, 269 Nr. 10 FamFG	117
a) Statthaftes Rechtsmittel	118
b) Rechtsmittelgericht	118
c) Beschwerdefrist	119
d) Anwaltszwang	120
e) Beschwerdeschrift	120
f) Beschwer	121
g) Beschwerdewert/Zulassungsbeschwerde	122
h) Beschwerdebegründung	123
i) Anschlussbeschwerde	126
j) Aufschiebende Wirkung/Einstellung der Vollstreckung	127
k) Durchführung des Verfahrens	128
2. Rechtsmittel gegen Nebenentscheidungen bei güterrechtlichen Familienstreitsachen	130
3. Rechtsmittel gegen Zwischenentscheidungen bei güterrechtlichen Familienstreitsachen	131
4. Rechtsmittel in weiteren güterrechtlichen Verfahren	132
a) Rechtsmittel gegen Gestaltungsbeschluss auf vorzeitigen Zugewinnausgleich	132
b) Rechtsmittel gegen Antrag auf Zahlung von Zugewinnausgleich nach Vorliegen des Gestaltungsbeschlusses	133
c) Rechtsmittel gegen Auskunftsbeschlüsse	134
5. Rechtsmittel im Rahmen der Aufhebung und Auseinandersetzung der Gütergemeinschaft	135
a) Rechtsmittel gegen Aufhebungsbeschluss nach §§ 1469, 1470 BGB ...	135
b) Rechtsmittel gegen Beschlüsse des Rechtspflegers im Vermittlungs- verfahren nach §§ 373, 363 ff. FamFG	136
c) Rechtsmittel im Rahmen der Entscheidung über die Auseinandersetzung	137
6. Rechtsmittel gegen Endentscheidungen nach § 261 II FamFG	138
a) Stundung der Ausgleichsforderung nach § 1382 BGB	138
b) Änderung einer bereits erfolgten Stundung der Ausgleichsforderung nach § 1382 VI BGB	139
c) Übertragung von Vermögensgegenständen unter Anrechnung auf die Ausgleichsforderung nach § 1383 BGB	140
d) Verfahren auf Zustimmungsersetzung nach §§ 1365 II, 1369 II, 1426, 1430, 1452 BGB	141
7. Rechtsbeschwerde	142
8. Sprungrechtsbeschwerde	143
9. Gehörsrüge	144
10. Vollstreckung	145
X. Verfahrenswert (<i>von Swieykowski-Trzaska</i>)	146

§ 8 Abstammungssachen

	Rn.
I. Gerichtliche Zuständigkeit (<i>Eckebrecht</i>)	1
1. Sachliche Zuständigkeit	4
2. Örtliche Zuständigkeit	7
3. Funktionale Zuständigkeit	13
4. Internationale Zuständigkeit	14
5. Einstweilige Anordnung auf Unterhalt	15
II. Verfahrensgrundsätze (<i>Eckebrecht</i>)	16
1. Allgemeines	16
2. Besonderheiten	17
III. Anwaltszwang (<i>Große-Boymann</i>)	25
IV. Verfahrenskostenhilfe (<i>Gutjahr</i>)	26
1. Bewilligungsverfahren	27
a) Antrag	27
b) Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse	27
c) Darlegung des Streitverhältnisses	27
d) Tätigwerden des Gerichts zur Herbeiführung der Entscheidungsreife	28
e) Entscheidung	28
f) Rechtsmittel gegen die Entscheidung über den VKH-Antrag	28
g) VKH für das Beschwerdeverfahren	29
2. Bewilligungsvoraussetzungen	30
a) Bewilligungsfähiges Verfahren	30
b) Bedürftigkeit	30
c) Erfolgsaussicht	31
d) Kein Mutwillen	34
3. Beiordnung	35
a) Beiordnung eines Hauptbevollmächtigten	35
b) Beiordnung eines Beweisaufnahmewanwalts	37
c) Beiordnung eines Verkehrsanwalts	37
d) Entpflichtung des beigeordneten und Beiordnung eines anderen Anwalts	37
4. Wirkungen der Bewilligung	38
5. Änderung des Bewilligungsbeschlusses	39
6. Aufhebung der Bewilligung	40
V. Gang des Verfahrens (<i>Schael</i>)	41
1. Die Antragsschrift	41
a) Rubrum	41
b) Antrag	42
c) Begründung	47
d) Unterschrift	54
2. Beteiligte der Verfahren in Abstammungssachen	55
3. Zustellung	57
4. Vorbereitung und Durchführung der mündlichen Verhandlung	58
a) Vorbereitung der mündlichen Verhandlung	58
b) Durchführung der mündlichen Verhandlung	67
5. Säumnisverfahren	70
6. Aussetzung des Verfahrens	71

	Rn.
7. Beendigung des Verfahrens ohne Entscheidung in der Hauptsache	73
a) Rücknahme des Antrags	73
b) Hauptsachenerledigung	74
c) Vergleich	75
VI. Weitere Verfahren (<i>Schael</i>)	76
1. Voraussetzungen	76
2. Verfahren	77
VII. Endentscheidung (<i>Gutjahr</i>)	79
1. Art der Entscheidung, Rubrum	79
2. Entscheidung in der Hauptsache	80
3. Kostenentscheidung	86
4. Ausspruch zur sofortigen Wirksamkeit	87
5. Zulassung der Beschwerde	88
6. Begründung der Entscheidung	89
7. Rechtsmittelbelehrung	90
8. Bekanntgabe, Zustellung, Wirksamkeit und Rechtskraft	91
VIII. Vorläufiger Rechtsschutz (<i>von Swieykowski-Trzaska</i>)	92
1. Einstweilige Anordnung	92
a) Selbständiges Verfahren	92
b) Zuständigkeit	93
2. Sondertatbestände der einstweiligen Anordnung	94
a) Einstweilige Anordnung vor der Geburt des Kindes – § 247 FamFG	95
b) Einstweilige Anordnung bei Feststellung der Vaterschaft – § 248 FamFG	96
3. Gang des Verfahrens	101
4. Einleitung des Hauptsacheverfahrens	105
5. Rechtsmittel	107
a) Abänderung von Entscheidungen ohne mündliche Verhandlung	108
b) Abänderung von Entscheidungen mit mündlicher Verhandlung	110
6. Außerkrafttreten der einstweiligen Anordnung	111
7. Vollstreckung	112
IX. Rechtsmittel (<i>Große-Boymann</i>)	113
1. Rechtsmittel gegen Endentscheidungen	113
a) Statthaftes Rechtsmittel	113
b) Rechtsmittelgericht	113
c) Beschwerdefrist	114
d) Anwaltszwang	115
e) Beschwerdeschrift	115
f) Beschwerdeberechtigung	115
g) Beschwerdewert	115
h) Feststellungsinteresse	115
i) Beschwerdebegründung	116
j) Anschlussbeschwerde	116
k) Aufschiebende Wirkung	117
l) Verfahren	118
2. Rechtsmittel gegen Nebenentscheidungen	119
a) Fehlen einer Kostenentscheidung	119
b) Fehlerhafte Kostenentscheidung bei Entscheidung in der Hauptsache	120

Inhaltsverzeichnis § 9

	Rn.
c) Fehlerhafte isolierte Kostenentscheidung	120
d) Versagte oder erfolgte Zulassung der Rechtsbeschwerde	120
e) Fehlende Entscheidung über die Zulassung der Rechtsbeschwerde ...	121
3. Rechtsmittel gegen Zwischenentscheidungen	122
a) Aussetzungsbeschlüsse des Familiengerichts nach § 21 FamFG	122
b) Zwischenentscheidungen nach §§ 178 II FamFG, 387 ZPO	122
4. Rechtsmittel in weiteren Verfahren	123
a) Entscheidungen über Wiederaufnahmeantrag nach § 185 FamFG	123
b) Entscheidung über Schadensersatzanspruch nach § 248 V 2 FamFG	123
5. Rechtsbeschwerde	124
6. Sprungrechtsbeschwerde	125
7. Gehörsrüge	126
8. Vollstreckung	127
X. Verfahrenswert (von <i>Swieykowski-Trzaska</i>)	128

§ 9 Adoptionssachen

Seite 1041

	Rn.
I. Gerichtliche Zuständigkeit (<i>Eckebrecht</i>)	1
1. Begriff	1
2. Sachliche Zuständigkeit	2
3. Örtliche Zuständigkeit	4
4. Abgabe/Verweisung/Kompetenzkonflikt	7
5. Funktionale Zuständigkeit	9
6. Internationale Zuständigkeit	10
II. Verfahrensgrundsätze (<i>Eckebrecht</i>)	11
III. Anwaltszwang (<i>Weidemann</i>)	15
IV. Verfahrenskostenhilfe (<i>Gutjahr</i>)	16
V. Gang des Verfahrens (<i>Schael</i>)	18
1. Die Antragschrift	18
a) Rubrum	18
b) Antrag	19
c) Begründung	25
d) Unterschrift	27
2. Beteiligte des Verfahrens zur Annahme als Kind und ihre gesetzliche Vertretung	28
3. Zustellung	31
4. Vorbereitung und Durchführung der mündlichen Verhandlung	32
a) Vorbereitung der mündlichen Verhandlung	32
b) Durchführung der mündlichen Verhandlung	34
5. Säumnisverfahren	35
6. Aussetzung des Verfahrens	36
7. Beendigung des Verfahrens ohne Entscheidung in der Hauptsache	37
a) Rücknahme des Antrags	37
b) Hauptsachenerledigung	38
c) Vergleich	39
VI. Weitere Verfahren (<i>Schael</i>)	40

Inhaltsverzeichnis § 10

	Rn.
1. Verfahren auf Ersetzung der Einwilligung zur Annahme als Kind	40
a) Voraussetzungen	40
b) Verfahren	43
2. Verfahren zur Aufhebung des Annahmeverhältnisses	45
a) Voraussetzungen	45
b) Verfahren	47
3. Verfahren auf Befreiung vom Eheverbot des § 1308 I BGB	48
a) Voraussetzungen	48
b) Verfahren	49
VII. Endentscheidung (<i>Gutjahr</i>)	50
1. Art der Entscheidung, Rubrum	50
2. Entscheidung in der Hauptsache	51
3. Kostenentscheidung	53
4. Ausspruch zur sofortigen Wirksamkeit	54
5. Zulassung der Beschwerde	56
6. Begründung der Entscheidung	57
7. Rechtsmittelbelehrung	58
8. Bekanntgabe, Zustellung, Wirksamkeit und Rechtskraft	59
VIII. Vorläufiger Rechtsschutz (<i>von Swieykowski-Trzaska</i>)	61
IX. Rechtsmittel (<i>Weidemann</i>)	62
1. Rechtsmittel gegen Endentscheidungen	62
a) Statthaftes Rechtsmittel	62
b) Rechtsmittelgericht	62
c) Beschwerdefrist	63
d) Anwaltszwang	63
e) Beschwerdeschrift	63
f) Beschwerdeberechtigung	64
g) Beschwerdewert	64
h) Beschwerdebegündung	65
i) Anschlussbeschwerde	65
j) Aufschiebende Wirkung	65
k) Einleitung des Verfahrens	66
l) Ablauf des Verfahrens	66
m) Beendigung des Verfahrens	67
2. Rechtsmittel gegen Nebenentscheidungen	70
a) Fehlen eines Ausspruchs zur sofortigen Wirksamkeit des Beschlusses (§ 198 I FamFG)	70
b) Fehlen einer Kostenentscheidung	71
c) Kostenentscheidungen bei Entscheidung auch in der Hauptsache	71
d) Isolierte Kostenentscheidungen (Kostenentscheidungen ohne Entscheidung in der Hauptsache)	72
e) Rechtsmittel bei unterbliebener Entscheidung über die Zulassung der Rechtsbeschwerde	72
3. Rechtsmittel gegen Zwischenentscheidungen	73
4. Rechtsmittel in weiteren Verfahren	74
a) Verfahren auf Ersetzung der Einwilligung zur Annahme als Kind	74
b) Verfahren zur Aufhebung des Annahmeverhältnisses	75
5. Rechtsbeschwerde	76

	Rn.
6. Sprungrechtsbeschwerde	77
7. Gehörsrüge	78
X. Verfahrenswerte (<i>von Swieykowski-Trzaska</i>)	79
§ 10 Sonstige Familiensachen	
	<i>Seite 1091</i>
	Rn.
I. Gerichtliche Zuständigkeit (<i>Eckebrecht</i>)	1
1. Begriff	1
2. Sachliche Zuständigkeit	4
3. Örtliche Zuständigkeit	9
4. Abgabe/Verweisung/Kompetenzkonflikt	10
5. Internationale Zuständigkeit	11
II. Verfahrensgrundsätze (<i>Eckebrecht</i>)	12
III. Anwaltszwang (<i>Große-Boymann</i>)	13
IV. Verfahrenskostenhilfe (<i>Gutjahr</i>)	14
V. Gang des Verfahrens (<i>Schael</i>)	15
1. Die Antragsschrift	15
a) Rubrum	15
b) Antrag	16
c) Begründung	20
d) Unterschrift	34
2. Beteiligte des Verfahrens in sonstigen Familiensachen und ihre gesetzliche Vertretung	35
3. Zustellung	36
4. Vorbereitung und Durchführung der mündlichen Verhandlung	37
a) Güteverhandlung	37
b) Vorbereitung der mündlichen Verhandlung	38
c) Durchführung der mündlichen Verhandlung	39
5. Säumnisverfahren	40
6. Aussetzung des Verfahrens	41
7. Beendigung des Verfahrens ohne Entscheidung in der Hauptsache	41
a) Rücknahme des Klageantrags	41
b) Hauptsachenerledigung	42
c) Vergleich	43
VI. Weitere Verfahren (<i>Schael</i>)	44
1. Voraussetzungen	44
2. Verfahren	45
VII. Endentscheidung (<i>Gutjahr</i>)	46
1. Art der Entscheidung, Rubrum	46
2. Entscheidung in der Hauptsache	47
3. Kostenentscheidung	48
4. Ausspruch zur sofortigen Wirksamkeit	49
5. Zulassung der Beschwerde	51
6. Begründung der Entscheidung	52

Inhaltsverzeichnis § 10

	Rn.
7. Rechtsmittelbelehrung	53
8. Verkündung, Zustellung, Wirksamkeit und Rechtskraft	54
VIII. Vorläufiger Rechtsschutz (<i>von Swieykowski-Trzaska</i>)	55
1. Einstweilige Anordnung	57
2. Gang des Verfahrens	59
3. Rechtsmittel	62
a) Abänderung von Entscheidungen ohne mündliche Verhandlung	63
b) Abänderung von Entscheidungen mit mündlicher Verhandlung	64
c) Außerkrafttreten der einstweiligen Anordnung	65
4. Vollstreckung	66
5. Arrest	68
IX. Rechtsmittel (<i>Große-Boymann</i>)	73
1. Rechtsmittel gegen Beschlüsse nach §§ 266 I, 269 II FamFG	74
a) Statthaftes Rechtsmittel	74
b) Rechtsmittelgericht	74
c) Beschwerdefrist	75
d) Anwaltszwang	75
e) Beschwerdeschrift	75
f) Beschwerdeberechtigung (§ 59 FamFG)	76
g) Beschwerdewert/Zulassungsbeschwerde (§ 61 FamFG)	76
h) Beschwerdebegründung	77
i) Anschlussbeschwerde (§ 66 FamFG)	77
j) Einstellung der Vollstreckung	78
k) Durchführung des Verfahrens	78
2. Rechtsmittel gegen Nebenentscheidungen	79
a) Fehlen eines Ausspruchs zur sofortigen Wirksamkeit des Beschlusses (§ 116 III 2 FamFG)	79
b) Fehlen einer Entscheidung über den Antrag auf Einstellung oder Beschränkung der Vollstreckung/fehlerhafte Entscheidung des Familiengerichts	79
c) Fehlen der Kostenentscheidung	80
d) Fehlerhafte Kostenentscheidung bei Entscheidung auch in der Hauptsache	80
e) Fehlerhafte isolierte Kostenentscheidungen	80
f) Versagte/erfolgte Zulassung der Rechtsbeschwerde	81
g) Fehlende Entscheidung über die Zulassung der Rechtsbeschwerde ..	81
3. Rechtsmittel gegen Zwischenentscheidungen	82
4. Rechtsmittel in weiteren Verfahren	83
a) Endentscheidung in einem Verfahren nach §§ 266 II, 269 III FamFG	83
b) Rechtsmittel gegen Nebenentscheidungen in Verfahren nach §§ 266 II, 269 III FamFG	84
5. Rechtsbeschwerde	85
6. Sprungrechtsbeschwerde	86
7. Gehörsrüge	87
8. Vollstreckung	88
X. Verfahrenswert (<i>von Swieykowski-Trzaska</i>)	89
Sachverzeichnis	1143

Literaturverzeichnis

Werk	Zitierweise
<i>Andrae</i> , Internationales Familienrecht, 2. Aufl. 2006	
<i>Arnold/Meyer-Stolte/Hermann</i> , Rechtspflegergesetz, 6. Aufl. 2002	Arnold/Meyer-Stolte/ Hermann/Bearb.
<i>Assmann</i> , Das Verfahren der Stufenklage, 1. Aufl. 1990	
<i>Bach/Gildenast</i> , Internationale Kindesentführung, 1. Aufl. 1999	
<i>Bamberger/Roth</i> , Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 2. Aufl. 2008	Bamberger/Roth/ Bearb.
<i>Bassenge/Roth</i> , FGG/RPflG-Kommentar, 11. Aufl. 2007	
<i>Baumbach/Lauterbach/Hartmann</i> , ZPO, 67. Aufl. 2009	BL/Hartmann
<i>Baumeister/Fehmel/Griesche</i> , Familiengerichtsbarkeit, 1992	Bearbeiter in FamGB
<i>Bäumel/Bienwald/Häußermann/Hoffmann/Maurer/Meyer-Stolte/Rogner/Sonnenfeld/Wax</i> , Familienrechtsreformkommentar, 1. Aufl. 1998	FamRefK/Bearb.
<i>Bergerfurth/Rogner</i> , Der Ehescheidungsprozess, 15. Aufl. 2006	Bergerfurth/Rogner
<i>Borth</i> , Unterhaltsänderungsgesetz, 1. Aufl. 2007	
<i>Bruns/Kemper</i> , Lebenspartnerschaftsrecht, 2. Aufl. 2006	HK-LPartR/Bearb
<i>Bumiller/Harders</i> , FamFG, Freiwillige Gerichtsbarkeit, 9. Aufl. 2009	
<i>Ehinger/Griesche/Rasch</i> , Handbuch des Unterhaltsrechts, 5. Aufl. 2008	Bearb. in Ehinger/ Griesche/Rasch
<i>Eisenberg</i> , Jugendgerichtsgesetz, 13. Aufl. 2009	
<i>Eißler</i> , Versorgungsausgleich, 2. Aufl. 1995	
<i>Erman</i> , BGB, 12. Aufl. 2008	Erman/Bearb.
<i>Eschenbruch/Klinkhammer</i> , Der Unterhaltsprozess, 5. Aufl. 2009	Eschenbruch/Klink- hammer/Bearb.
<i>Finke/Ebert</i> , Familienrecht in der anwaltlichen Praxis, 6. Aufl. 2008	Bearb. in Finke/Ebert
<i>Firsching/Dodegge</i> , Familienrecht, 2. Halbband, Vormundschafts- und Betreuungsrecht, 6. Aufl. 1999	
<i>Firsching/Graba</i> , Handbuch der Rechtspraxis, Familienrecht, 1. Halbband, 6. Aufl. 1998 (die 7. Aufl. 2010 konnte nicht mehr berücksichtigt werden)	
<i>Friderici/Kemper</i> , Familienverfahrensrecht, Handkommentar, 2009	
<i>Gerhardt/von Heintschel-Heinegg/Klein</i> , Handbuch des Fachanwalts Familienrecht, 6. Aufl. 2008	HFamR/Bearb.

Literaturverzeichnis

Werk	Zitierweise
<i>Gießler/Soyka</i> , Vorläufiger Rechtsschutz in Ehe-, Familien- und Kindschaftssachen, 4. Aufl. 2005	
<i>Göppinger/Wax</i> , Unterhaltsrecht, 9. Aufl. 2008	GW/Bearb.
<i>Graba</i> , Die Abänderung von Unterhaltstiteln, 3. Aufl. 2004	
<i>Harbauer</i> , Rechtsschutzversicherung, 7. Aufl. 2004	
<i>Hartmann</i> , Kostengesetze, 39. Aufl. 2009	Hartmann
<i>Haußleiter/Schulz</i> , Vermögenseinandersetzung bei Trennung und Scheidung, 4. Aufl. 2004	
<i>Heiß/Born</i> , Unterhaltsrecht, Stand Januar 2009	Bearb. in Heiß/Born
<i>Horndasch/Viefhues</i> , Kommentar zum Familienverfahrensrecht, 2009	Horndasch/Viefhues/ Bearb.
<i>Huber</i> , Das Zivilurteil, 1995	
<i>Jansen/von Schuckmann/Sonnenfeld</i> , FGG, 3. Aufl. 2006	Jansen/Bearb.
<i>Johannsen/Henrich</i> , Eherecht, 4. Aufl. 2003	JH/Bearb.
<i>Kalthoener/Büttner/Niepmann</i> , Die Rechtsprechung zur Höhe des Unterhalts, 10. Aufl. 2008	
<i>Kalthoener/Büttner/Wrobel-Sachs</i> , Prozesskostenhilfe und Beratungshilfe, 4. Aufl. 2005	
Karlsruher Kommentar zur StPO, 6. Aufl. 2008	
<i>Keidel/Kuntze/Winkler</i> , FGG, 15. Aufl. 2003	Keidel/Bearb. (15. A.)
<i>Keidel</i> , FamFG, 16. Aufl. 2009	Keidel/Bearb.
<i>Koritz</i> , Das neue FamFG, 2009	
<i>Kroiß/Seiler</i> , Das neue FamFG, 2. Aufl. 2009	
<i>Lappe</i> , Kosten in Familiensachen, 5. Aufl. 1994	
<i>Marschner/Volckart</i> , Freiheitsentziehung und Unterbringung, 4. Aufl. 2001	
<i>Mayer/Kroiß</i> , Rechtsanwaltsvergütungsgesetz, Handkommentar, 4. Aufl. 2009	Mayer/Kroiß/Bearb.
<i>Menne/Grundmann</i> , Das neue Unterhaltsrecht, 1. Aufl. 2008	
<i>Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer</i> , SGG – Sozialgerichtsgesetz, Kommentar, 9. Aufl. 2008	
<i>Meyer-Seitz/Frantziach/Ziegler</i> , Die FGG-Reform: Das neue Verfahrensrecht, 2009	
<i>Müller/Sieghörtner/Emmerling de Oliveira</i> , Adoptionsrecht in der Praxis, 2007	
Münchener Kommentar zum BGB, 4./5. Aufl. 2000/2008	MünchKomm/Bearb.
Münchener Kommentar zur ZPO, 3. Aufl. 2007/2008	MünchKommZPO/Bearb.
<i>Münder</i> , Sozialgesetzbuch XII – Sozialhilfe, Lehr- und Praxiskommentar, 8. Aufl. 2008	LPK-SGB XII
<i>Musielak</i> , ZPO, 6. Aufl. 2008	Musielak/Bearb.
<i>Ostendorf</i> , Jugendgerichtsgesetz, 8. Aufl. 2009	
<i>Palandt</i> , BGB, 68. Aufl. 2009	Palandt/Bearb.

Literaturverzeichnis

Werk	Zitierweise
<i>Prütting/Wegen/Weinreich</i> , BGB, 3. Aufl. 2008	PWW/Bearb.
<i>Rahm/Künkel</i> , Handbuch des Familiengerichtsverfahrens, Stand 2009	Rahm/Künkel/Bearb.
<i>RGRK</i> , Das Bürgerliche Gesetzbuch, 12. Aufl. 1999	RGRK/Bearb.
<i>Rolfs/Giesen/Kreikebohm/Udsching</i> , Beck'scher Online-Kommentar Sozialrecht – SGB XII	Bearb. in BeckOK SGB XII
<i>Rübl/Greßmann</i> , Kindesunterhaltsgesetz, 1998	
<i>Saenger</i> , ZPO, 2. Aufl. 2007	HK-ZPO/Bearb.
<i>Schellhammer</i> , Zivilprozessrecht, 12. Aufl. 2007	Schellhammer ZivilProz
<i>Schellhammer</i> , Zivilprozess – Gesetz – Praxis – Fälle, 12. Aufl. 2007	
<i>Schmidt</i> , Einkommensteuergesetz, 28. Aufl. 2009	Schmidt/Bearb.
<i>Schmitzler</i> (Hrsg.), Münchener Anwaltshandbuch Familienrecht, 2. Aufl. 2008	Münchener Anwaltshandbuch/Bearb.
<i>Schneider/Herget</i> , Streitwert-Kommentar, 12. Aufl. 2007	
<i>Schneider/Wolf</i> , Anwaltkommentar RVG, 4. Aufl. 2008	Anwk-RVG/Bearb.
<i>Scholz/Stein</i> , Praxishandbuch Familienrecht, 16. Ergänzung 2009	Bearb. in Scholz/Stein
<i>Schoreit/Dehn</i> , Beratungshilfe – Prozesskostenhilfe, 9. Aufl. 2007	
<i>Schulte-Bunert/Weinreich</i> , FamFG, 1. Aufl. 2009	Schulte-Bunert/Weinreich/Bearb.
<i>Schulz/Hauß</i> , Familienrecht, 1. Aufl. 2008	HK-FamR/Bearb.
<i>Schwab</i> , Handbuch des Scheidungsrechts, 5. Aufl. 2004	
<i>Soergel/Siebert</i> , BGB, 13. Aufl. 1999 ff.	
<i>Staudinger</i> , BGB, 13. Bearb. ab 2004	Staudinger/Bearb.
<i>Stein/Jonas</i> , ZPO, 21./22. Aufl. 1993/2005	StJ./Bearb.
<i>Thomas/Putzo</i> , ZPO, 29. Aufl. 2008	Thomas/Putzo/Bearb.
<i>Wendl/Staudigl</i> , Das Unterhaltsrecht in der familienrichterlichen Praxis, 7. Aufl. 2008	Wendl/Bearb.
<i>Wieczorek/Schütze</i> , ZPO, 3. Aufl. 1994 ff.	Wieczorek/Schütze/Bearb.
<i>Wittich</i> , Die Gütergemeinschaft, 1. Aufl. 2000	
<i>Zimmermann</i> , Prozesskostenhilfe – insbesondere in Familiensachen –, 3. Aufl. 2007	Zimmermann
<i>Zimmermann</i> , Das neue FamFG, 2009	Zimmermann 2009
<i>Zöller</i> , ZPO, 27. Aufl. 2009	Zöller/Bearb.

VII. Endentscheidung

sind (siehe auch § 1 Rn. 380). Auch wenn ein Teilbeschluss über einen von mehreren Ansprüchen ergeht, § 301 ZPO, etwa zunächst nur über den Auskunftsanspruch im Rahmen eines Stufenantrags (hierzu näher *Schael* Rn. 55), ist dies in der Überschrift des Beschlusses kenntlich zu machen.

Hinsichtlich des **Rubrics** des Beschlusses gilt § 38 II Nr. 1, 2 FamFG. Die Beteiligten sind mit vollständiger Anschrift anzugeben und als Antragsteller und Antragsgegner zu bezeichnen. Die Anwälte sind, da in Familiensachen einheitlich Verfahren und nicht Prozesse durchgeführt werden, vgl. §§ 1 I, 113 V Nr. 1 FamFG, als Verfahrensbevollmächtigte zu bezeichnen. Anzugeben sind, wie sonst auch, nur die Hauptbevollmächtigten. Bei der Bezeichnung des Gerichts i. S. d. § 38 II Nr. 2 FamFG ergeben sich keine Besonderheiten (vgl. hierzu § 1 Rn. 382). Schließlich bedarf es wegen des Mündlichkeitsprinzips (vgl. *Schael* Rn. 37 ff.) der Bezeichnung des **Tages, an dem die mündliche Verhandlung geschlossen** worden ist, vgl. §§ 136 IV, 313 I Nr. 3 ZPO.

Beispiel

Beschluss

In der Familiensache

der Frau Barbara Meier,

Poststraße 12, 12345 Maxen,

Verfahrensbevollmächtigte:

Rechtsanwälte Schulze und Schultze in Maxen,

Antragstellerin,

gegen

Herrn Peter Schmidt,

Dorfstraße 133 b, 12345 Maxen,

Verfahrensbevollmächtigte: Rechtsanwältin Dr. Wendig in Maxen,

Antragsgegner,

hat das Amtsgericht Maxen – Familiengericht – auf die mündliche Verhandlung vom 30. Oktober 2009 durch den Richter am Amtsgericht Schwarz beschlossen:

...

In Güterrechtssachen i. S. v. § 261 II FamFG ist ebenfalls durch Beschluss zu entscheiden, § 38 FamFG. Die sich für die Familienstreitsachen aufgrund der Verweisung auf die ZPO ergebenden Besonderheiten gelten hier nicht.

2. Entscheidung in der Hauptsache

Da der Anspruch auf Zugewinnausgleich nach § 1378 I BGB grundsätzlich auf Geld 81 gerichtet ist,²⁹² erfolgt eine **Verpflichtung** des Ausgleichspflichtigen **zur Zahlung**:

Der Antragsgegner wird verpflichtet, an die Antragstellerin (einen Zugewinnausgleich in Höhe von)²⁹³ 8000 € zu zahlen.

²⁹² JH/Jaeger § 1378 BGB Rn. 2.

²⁹³ Die Angabe des Anspruchsgrunds im Tenor ist wie im allgemeinen Zivilprozess nicht erforderlich.

Soweit der Antragsteller mit seinem Begehren nicht durchdringt, ist dies durch Zurück- bzw. Abweisung²⁹⁴ des Antrags zum Ausdruck zu bringen.

Der Antragsgegner wird verpflichtet, an die Antragstellerin 5000 € zu zahlen. Im Übrigen wird der Antrag zurückgewiesen.

Der Erlass einer **Teilentscheidung** gemäß § 301 ZPO über einen Teil des Zugewinnausgleichs ist grundsätzlich nach den allgemeinen Regeln möglich (vgl. hierzu § 1 Rn. 400 ff.).²⁹⁵ Unzulässig ist die Teilentscheidung, wenn nicht auszuschließen ist, dass das Anfangs- und das Endvermögen in der Schlussentscheidung anders zu bewerten sind.²⁹⁶ Da die Gefahr widersprechender Entscheidungen, auch infolge einer abweichenden Beurteilung durch das Rechtsmittelgericht, ausgeschlossen sein²⁹⁷ und der Ausgleichsberechtigte zweifelsfrei feststehen muss,²⁹⁸ wird eine Teilentscheidung – abgesehen vom Stufenantrag (vgl. hierzu Rn. 83) – kaum einmal in Betracht kommen.

Ergeht die Hauptsacheentscheidung durch **Versäumnisbeschluss**, ändert sich an der Tenorierung grundsätzlich nichts. Für den Fall, dass gegen die Versäumnisentscheidung Einspruch eingelegt wird, siehe § 1 Rn. 389.

- 82 Wird ein **Auskunftsantrag** nach § 1379 BGB (hierzu näher *Schael* Rn. 49 ff.) beschlossen, so ist der Gegenstand der Auskunftspflicht so konkret wie möglich zu bezeichnen, um die Vollstreckung zu ermöglichen.²⁹⁹ Entscheidend ist hierbei aber die richtige Antragstellung (hierzu näher *Schael* Rn. 50 f.) – auf die ggf. durch richterlichen Hinweis gemäß §§ 113 I 2 FamFG, 139 I ZPO hingewirkt werden sollte –, da nicht mehr zugesprochen werden kann, als beantragt worden ist, §§ 113 I 2 FamFG, 308 I ZPO. Die Auskunftspflicht ist auf den maßgeblichen Stichtag, regelmäßig also auf den Tag der Rechtshängigkeit des Scheidungsantrags, §§ 1384, 1375 I 1 BGB, zu beziehen.

Beispiel

Der Antragsgegner wird verpflichtet, der Antragstellerin Auskunft über den Bestand seines Endvermögens am 27. November 2009 durch Vorlage eines vollständigen und geordneten Bestandsverzeichnisses zu erteilen.

Die Einbeziehung bestimmter Gegenstände in die Verpflichtung zur Auskunftserteilung ist möglich (hierzu *Schael* Rn. 51). Soweit zusätzlich auszusprechen ist, dass der Antragsgegner Belege vorzulegen hat (vgl. *Schael* Rn. 52), müssen die gefor-

²⁹⁴ Im Gesetz wird keine einheitliche Terminologie hinsichtlich der Tenorierung im Falle eines unbegründeten Antrags verwandt, vgl. §§ 42 III 1, 59 II 1, 248 V 1 FamFG einerseits und §§ 56 II Nr. 2, 142 II 1, 146 I 1, 150 II 1, 2 FamFG andererseits.

²⁹⁵ *Rahm/Künkel/Stollenwerk* IV Rn. 398.1; vgl. auch OLG Stuttgart FamRZ 1984, 273 f.

²⁹⁶ BGH FamRZ 1989, 954, 955; vgl. zur Zulässigkeit eines Teilantrags auch BGH FamRZ 1996, 853 und FamRZ 1994, 1095.

²⁹⁷ *Rahm/Künkel/Stollenwerk* IV Rn. 398.1.

²⁹⁸ *Rahm/Künkel/Stollenwerk* IV Rn. 398.1.

²⁹⁹ OLG Brandenburg FamRZ 2007, 285.

VII. Endentscheidung

deren Belege konkret bezeichnet werden. Dem auf **Wertermittlung** gemäß § 1379 I 2 BGB (hierzu näher *Schael* Rn. 53) gerichteten Antrag kann wie folgt entsprochen werden:

Der Antragsgegner wird verpflichtet, die Ermittlung des Wertes seines Grundstücks Hafensstraße 77, 14712 Maxen, eingetragen im Grundbuch von Maxen, Blatt 1111, durch einen von der Antragstellerin beauftragten Sachverständigen zu gestatten.

Werden Auskunft und Zahlung im Wege des **Stufenantrags** verlangt (hierzu näher *Schael* Rn. 55), ist über die jeweiligen Stufen durch Teilentscheidung zu befinden, wobei die abschließende Entscheidung durch Schlussentscheidung erfolgt (vgl. auch § 1 Rn. 401). **83**

Im Verfahren auf **vorzeitigen Zugewinnausgleich** und vorzeitige Aufhebung der Zugewinnngemeinschaft gemäß §§ 1385, 1386 BGB (hierzu näher *Schael* Rn. 56 ff.) kann folgendermaßen erkannt werden:

Der Antragsgegner wird verpflichtet, an die Antragstellerin (*zum Zweck des vorzeitigen Zugewinnausgleichs*) 25000 € zu zahlen.

Die Zugewinnngemeinschaft der Antragstellerin mit dem Antragsgegner wird vorzeitig aufgehoben.

Im Falle der **Stundung der Ausgleichsforderung** nach § 1382 BGB hat das Familiengericht, und zwar hier der Rechtspfleger (hierzu näher *Schael* Rn. 61), eine Verzinsung der gestundeten Forderung auszusprechen, § 1382 II BGB, und dem Schuldner auf Antrag eine Sicherheitsleistung aufzuerlegen, § 1382 III BGB. Über Höhe und Fälligkeit der Zinsen sowie über Art und Umfang der Sicherheitsleistung ist nach billigem Ermessen zu entscheiden, § 1382 IV BGB. Für die Höhe der Zinsen sind die wirtschaftlichen Verhältnisse des Schuldners und des Gläubigers von Bedeutung.³⁰⁰ An den gesetzlichen Zinssatz von 4 %, § 246 BGB, bzw. von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz, § 288 I 2 BGB, ist das Familiengericht nicht, auch nicht als Untergrenze, gebunden.³⁰¹ Eine Sicherheit kann in erster Linie nach §§ 232 ff. BGB angeordnet werden, doch ist das Gericht hierauf nicht beschränkt, sondern kann beispielsweise auch eine Sicherungsübereignung anordnen oder die Art der Sicherheitsleistung dem Schuldner überlassen.³⁰² Auf Antrag des Gläubigers kann das Gericht zusammen mit der Stundung die Verpflichtung des Schuldners zur Zahlung der Ausgleichsforderung aussprechen, § 264 II FamFG. Dies ist aber nur insoweit möglich, als die Ausgleichsforderung vom Schuldner nicht bestritten wird.³⁰³ **84**

Der Ausspruch kann folgendermaßen lauten:

³⁰⁰ JH/*Jaeger* § 1382 BGB Rn. 8.

³⁰¹ BayObLG FamRZ 1981, 392, 393 f; JH/*Jaeger* § 1382 Rn. 8; abweichend MünchKomm/*Koch* § 1382 Rn. 21: „der gesetzliche Zinssatz allenfalls als Untergrenze“.

³⁰² Keidel/*Weber* (15. A.) § 53 a FGG Rn. 13; JH/*Jaeger* § 1382 Rn. 10.

³⁰³ Keidel/*Weber* (15. A.) § 53 a FGG Rn. 15.

Der Antragsgegner ist verpflichtet, der Antragstellerin einen Betrag von 9500 € zum Ausgleich des Zugewinns zu zahlen. Der vom Antragsgegner zu zahlende Betrag wird bis zum 1. Januar 2011 gestundet. Der gestundete Betrag ist mit 5 vom Hundert, beginnend mit dem 1. April 2010, zu verzinsen. Die Zinsen werden ebenfalls bis zum 1. Januar 2011 gestundet. Der Antragsgegner hat in Höhe des gestundeten Betrages Sicherheit zu leisten, die durch Vorlage einer schriftlichen, unwiderruflichen, unbedingten und unbefristeten Bürgschaft eines im Inland zum Geschäftsbetrieb befugten Kreditinstituts³⁰⁴ zu erbringen ist.

- 85 Hat eine **Übertragung von Vermögensgegenständen** nach § 1383 BGB (vgl. hierzu *Schael* Rn. 66 f.) zu erfolgen, so sind diese im Tenor genau zu bezeichnen, arg. § 1383 II BGB. Auch muss der Betrag festgesetzt werden, der auf die Ausgleichsforderung anzurechnen ist, § 1383 I a. E. BGB. Da der Entscheidung zur Übertragung von Eigentum an Gegenständen mit ihrer Wirksamkeit keine konstitutive Wirkung zukommt, sollte die Verpflichtung zur Einigungserklärung in den Beschluss mit aufgenommen werden:³⁰⁵

Der Antragstellerin wird unter Anrechnung von 12000 € auf die Ausgleichsforderung nach § 1378 Abs. 1 BGB der PKW VW Golf CL mit dem amtlichen Kennzeichen BRB-ZZ 1 zum alleinigen Eigentum übertragen. Die Beteiligten sind verpflichtet, die Einigung zum Eigentumsübergang insoweit zu erklären. Der Antragsgegner ist alsdann verpflichtet, den PKW an die Antragstellerin herauszugeben.

- 86 Wird die Aufhebung der **Gütergemeinschaft** (hierzu näher *Schael* Rn. 68 ff.) beantragt, kann dem bei Vorliegen der Voraussetzungen wie folgt entsprochen werden:

Die Gütergemeinschaft der Beteiligten wird aufgehoben.

Soweit Auseinandersetzung der Gütergemeinschaft (hierzu näher *Schael* Rn. 72 f.) begehrt wird, kann die Verpflichtung des Antragsgegners zur Zustimmung eines Teilungsplans, wie vom Antragsteller beantragt, erfolgen (vgl. *Schael* Rn. 72). Dem kann, wenn ein Stufenantrag erhoben worden ist, ein Teilbeschluss über eine den Antragsgegner treffende Auskunftspflicht vorausgehen (hierzu näher *Schael* Rn. 74).

Bei einer Eigentums- und Vermögensauseinandersetzung nach § 39 FGB/DDR³⁰⁶ (hierzu näher *Schael* Rn. 32) sind konkret die Gegenstände zu bezeichnen, die dem jeweiligen Ehegatten zum Alleineigentum übertragen werden.

Ein Ausgleichsbetrag nach § 40 FGB/DDR³⁰⁷ (hierzu näher *Schael* Rn. 32) kann mit der entsprechenden Formel, mit der ein auf Zahlung gerichteter Zugewinnausgleichsantrag beschieden wird (vgl. oben Rn. 81), zuerkannt werden.

³⁰⁴ Vgl. § 108 I 2 ZPO.

³⁰⁵ Keidel/*Weber* (15. A.) § 53 a FGG Rn. 25.

³⁰⁶ Vgl. hierzu *Schael* NJ 2004, 289, 292.

³⁰⁷ Vgl. hierzu *Schael* NJ 2004, 289, 293.